

Die Zahl der Beamten und Angestellten verringerte sich von 58 auf 51. Durch Errichtung einer Pensionskasse wurden die Ruhegehaltsansprüche der Beamten und versicherungsfreien Angestellten sichergestellt.

Der Währungsverfall führte zu einer erheblichen Unübersichtlichkeit im gesamten Finanzwesen.

Die nach dem Verbandsgesetz erforderliche Neu-Aufstellung des Verbandsverzeichnisses und Verbandsplanes erfolgte durch Beschluß des Verbandsausschusses vom 12. Dezember 1923. Gegenüber der ersten Aufstellung sind rund 1002 ha Grünflächen neu aufgenommen und rund 861 ha gestrichen worden.

Die Verhandlungen mit dem Regierungsbezirk Düsseldorf wegen Weiterführung der Anschlußstraßen, Verkehrsbänder und Grünflächen wurde zum Abschluß gebracht. Alle Fragen des Verbandsplanes wurden mit den Regierungspräsidenten, Eisenbahndirektionen, Wasserbauverwaltungen, Kulturämtern, der Kanalbaudirektion und der Emschergenossenschaft nach Möglichkeit vorher geklärt.

In 10 Fällen wurden Verbandsstraßen in Länge von insgesamt 36,7 km verlegt und rund 60 km Verbandsstraßenstücke neu aufgenommen. Zum Schluß des Berichtsjahres liefen 323 Verhandlungen über Verbandsstraßen.

In 12 Fällen wurden Grünflächen im Umfange von insgesamt 285 ha neu in das Verbandsverzeichnis aufgenommen, in 40 Fällen rund 1555 ha Grünflächen fluchtlinienmäßig festgesetzt, 123 ha Grünflächen gestrichen, da die Gebiete anderen Wirtschaftszwecken zugeführt werden mußten. Für verschiedene Gemeinden wurde das gesamte Grünflächenetz im Benehmen mit den örtlichen Verwaltungen neu bearbeitet.

Für den Landkreis Hoerde wurde ein vollständiger Bebauungsübersichtsplan bearbeitet und seine Durchführung durch eine Polizeiverordnung sichergestellt. Ein entsprechender Plan für den Landkreis Gelsenkirchen ist fertiggestellt und soll demnächst veröffentlicht werden. In Bearbeitung befinden sich weiterhin Pläne für Unna, Waltrop, Dorsten, Neukirchen-Vluyn, die Bürgermeistereien Voerde und Hünxe und den Truppenübungsplatz Friedrichsfeld. Durch Inanspruchnahme von Mitteln der Erwerbslosenfürsorge konnte der Ausbau von Teilen des Verbandsstraßennetzes gefördert werden.

Die Errichtung von Bergmannswohnungen mit Mitteln des Kohlenfonds konnte nur im unbesetzten Gebiete erfolgen. Hierfür lagen 16 Bauanträge über 552 Wohnungen vor. Der Währungsverfall erforderte die Berechnung der Kulturlasten nach Sachwerten.

Insgesamt wurden 117 Ansiedlungsgenehmigungen für 2648 Wohnungen erteilt. Hiervon sind 38 v. H. mit Mitteln des Kohlenfonds und 62 v. H. mit privaten bzw. Mitteln aus Landesdarlehen errichtet worden.

Auf Wunsch der beteiligten Wirtschaftskreise wurde dem Verbandsbauwirtschaftsstelle, die bisher der Stadt Essen für den größten Teil des Industriebezirks angegliedert war, übertragen. Da mit Ende 1923 die Kohlenabgabe in Wegfall kam, erstand die Gefahr, daß die umfangreichen Baustofflager der Treuhandstelle in spekulative Hände gerieten. Der Verband mußte sein Augenmerk darauf richten, daß sie dem Bezirke erhalten blieben. Durch eine Einigung wurde erreicht, daß die Lagerbestände an die Westfälische Heimstätte abgegeben und den Kreisen und Gemeinden des Verbandes Vorzugspreise eingeräumt wurden.

Das gemäß Gesetz vom 29. Juli 1922 aufzustellende Baumschutzverzeichnis ist fertiggestellt worden, wobei die amtlichen Vertretungen von Industrie und Landwirtschaft mitwirkten. 544 Abholzungs- bzw. Durchforstungsanträge lagen zur Bearbeitung vor. Kahlschläge wurden grundsätzlich nur unter der Bedingung der Wiederaufforstung genehmigt.